

N i e d e r s c h r i f t

HFA/021/2006

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 24.10.2006**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen - und wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD
Herr Horst Dewenter	CDU
Herr Alfred Holtel	FDP
Herr Christian Kaisel	CDU
Frau Monika Lulay	CDU
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU
Herr Josef Niehues	CDU
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Roscher	SPD
Herr Anton van Wanrooy	CDU
Herr Josef Wilp	CDU

beratende Mitglieder:

Herr Ulrich Beckmann	Sozial Liberal
----------------------	----------------

Vertreter:

Herr Johannes Havers	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
----------------------	-----	--

Herr Frank Hemelt	SPD	Vertretung für Frau Ellen Knoop
Herr Udo Mollen	SPD	Vertretung für Herrn Falk Toczkowski
Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Günter Thum
Frau Annette Tombült	CDU	Vertretung für Frau Marianne Helmes

Verwaltung:

Herr Dr. Ernst Kratzsch
Frau Ute Ehrenberg
Herr Dr. Heinz Janning
Herr Werner Lütkeemeier
Herr Heinz Hermeling
Herr Peter Oldekopf
Herr Raimund Hötter
Herr Bernd Weber
Herr Günter Strauch
Herr Michael Netter
Frau Karin Toniazzo
Herr Theo Elfert

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 19. September 2006

I/A/0140

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 19. September 2006 gefassten Beschlüsse

I/A/0165

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass im öffentlichen Teil der o. g. Sitzung nur der Beschluss über den Sporthallenbau in Mesum gefasst worden sei. Die Vertragsverhandlungen mit dem TV Mesum seien aufgenommen, aber noch nicht abgeschlossen.

3. Informationen

3.1. Anzeigeverfahren für den NKF-Haushalt 2006

I/A/0220

Herr Lütkeemeier trägt den Inhalt des als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Vermerkes vor.

3.2. Fortschreibung der Ergebnisplanung

I/A/0585

Herr Lütkeemeier trägt den Inhalt des als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Vermerkes vor.

**4. Verwendung der Schulpauschale
- Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 373/06**

I/A/0875

Herr Roscher bezieht sich auf den Antrag der SPD-Fraktion, wonach in der heutigen Sitzung auch die Planungskosten für die Turnhalle an der Euregio Gesamtschule hätten freigegeben werden sollen. Da der Beschlussvorschlag der Verwaltung dieses nicht beinhalte, beantrage die SPD-Fraktion die folgende Ergänzung zum Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss spricht sich für die Bereitstellung der Planungskosten zum Bau einer Turnhalle an der Euregio Gesamtschule aus. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zum Bau dieser Turnhalle aufzunehmen.

Herr Niehues erklärt, dass die in der Aufstellung zur Vorlage enthaltenen Zahlen dem Haupt- und Finanzausschuss eigentlich bekannt sein müssten. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion sei nicht erforderlich, denn es sei im Rahmen der Haushaltsplanberatungen schon einvernehmlich entschieden worden, dass die 100.000,00 € Planungskosten für eine Turnhalle an der Euregio Gesamtschule bereitgestellt werden sollten, wenn der Schulentwicklungsplan die Erforderlich-

keit der Halle bestätige. Insofern reiche die von der Verwaltung vorgeschlagene Kenntnisnahme in der heutigen Sitzung aus.

Frau Nagelschmidt bestätigt die Aussage von Herrn Niehues.

Frau Ehrenberg ergänzt, dass die Zahlen der Schulentwicklungsplanung bereits der bestehenden Arbeitsgruppe vorgelegen hätten. Das Ergebnis würde eindeutig die Bedarfssituation an der Euregio Gesamtschule bestätigen.

Auf Bitte von Frau Dr. Kordfelder zieht Herr Roscher daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Verwendung der Schulpauschale zur Kenntnis.

5. Ausschreibung einer Beigeordnetenstelle bei der Stadt Rheine Vorlage: 457/06

I/A/1350

Frau Dr. Kordfelder erläutert die Vorlage und verweist auf die von der CDU-Fraktion schriftlich eingereichten Änderungswünsche zum Ausschreibungstext.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, im Rahmen einer Änderung des § 15 der Hauptsatzung der Stadt Rheine die Anzahl der Beigeordneten von 3 auf 2 zu reduzieren.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, eine Beigeordnetenstelle gem. § 71 Abs. 2 Satz 3 GO zum nächstmöglichen Termin mit dem als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügten Text öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Verabschiedung einer Zielvereinbarung zur Stärkung und Attraktivierung der Innenstadt Vorlage: 460/06

I/A/1715

Die Fraktionen bedanken sich bei der EWG und den übrigen Beteiligten für die geleistete Arbeit und den Willen zur Zusammenarbeit.

Herr Niehues spricht die Hoffnung aus, dass diese Zielvereinbarung die Ems in Rheine überwinden und man zu einem ganzheitlichen Ansatz in Rheine kommen werde. Die aufgeführten Ziele mit Ausnahme der sich aus dem Text ergebenden Langzeitziele sollten bis Ende 2009 umgesetzt sein. Die kritischen Maßnahmen, wie z. B. Bushaltestellen am eec, seien von den Akteuren bewusst aus dieser

Vereinbarung herausgelassen worden, um die Zielsetzungen nicht zu gefährden. Wenn alle Ziele umgesetzt seien, dann nehme Rheine eine Vorbildfunktion in ganz Nordrhein-Westfalen ein, mit der man wuchern könne. Abschließend bittet Herr Niehues die EWG, die der Vorlage als Anlage 2 beigelegte Übersicht auch den Akteuren der Innenstadt und den Mitgliedern des Arbeitskreises noch nachträglich zur Verfügung zu stellen.

Herr Ortel stellt fest, dass es nicht beabsichtigt sei, in der heutigen Sitzung einzelne Ziele zu diskutieren; das werde sich ohnehin im Umsetzungsprozess ergeben. Er begrüßt auf jeden Fall den Versuch, mit dieser gemeinsamen Zielvereinbarung zur Stärkung und Attraktivierung der Innenstadt beizutragen. Er könne sich durchaus vorstellen, dass diese Vorgehensweise auch nach Ablauf der vorgesehenen 3 Jahre fortgesetzt werden könne.

Auch Herr Roscher erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag und hofft auf Beibehaltung des geschaffenen guten Gesprächsklimas, um auf dieser Grundlage später auch das eine oder andere Problem noch lösen zu können.

Herr Bögge bezieht sich auf Seite 3 der Vereinbarung und erklärt, dass auch die Stärkung des Wohnstandortes in der Innenstadt ein Ziel sein müsse, das z. B. als Punkt 10 unter IV. „Ziele der Innenstadtentwicklung“ aufgenommen werden könnte. Dementsprechend sollte dann auch auf Seite 6 im 3. Absatz auf eine zielgruppengerechte Ausgestaltung der Wohnungen nicht nur in den Obergeschossen, sondern auch in den Erdgeschossen abgestellt werden.

Die Herren Dr. Kratzsch und Niehues bitten darum, diese Änderungsvorschläge von Herrn Bögge ins Protokoll aufzunehmen und von einer Änderung der Vereinbarung wegen der dadurch erforderlichen Rückkopplung mit den übrigen Beteiligten Abstand zu nehmen.

Herr Wilp schlägt vor, für den Fall der Änderung der Vereinbarung, aus welchen Gründen auch immer, die von Herrn Bögge unterbreiteten Vorschläge ggf. zu einem späteren Zeitpunkt einfließen zu lassen, womit Herr Bögge sich einverstanden erklärt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Zielvereinbarung zur Stärkung und Attraktivierung der Rheiner Innenstadt zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, einen Beschluss zur Verabschiedung der Zielvereinbarung zu fassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Berichtswesen III. Quartal 2006; Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 462/06**

I/A/2680

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung – für das III. Quartal 2006 zur Kenntnis.

**8. Berichtswesen III. Quartal 2006; Fachbereich 4 - Finanzen
Vorlage: 472/06**

I/A/2725

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht für das III. Quartal 2006 für den Fachbereich 4 – Finanzen zur Kenntnis.

**9. Berichtswesen III. Quartal 2006; Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 445/06**

I/A/2750

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht für das III. Quartal 2006 für den Fachbereich 7 – Interner Service zur Kenntnis.

**10. Berichtswesen III. Quartal 2006; Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 449/06**

I/A/2780

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht für das III. Quartal 2006 für den Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung zur Kenntnis.

**11. Zieldefinition und Kennzahlen für den Fachbereich 4 - Finanzen
Vorlage: 473/06**

I/A/2800

Nachdem Herr Lütke-meier die Vorlage erläutert hat, erklärt Herr Niehues, dass man sich über die Sinnhaftigkeit der einen oder anderen Kennzahl sicherlich nochmals unterhalten müsse. Es wäre jedoch sinnvoll, mit den vorliegenden Vorschlägen zunächst einmal Erfahrungen zu sammeln und nach etwa einem Jahr die Kennzahlen ggf. nochmals zu überarbeiten. Wichtig sei zunächst, dass die Ausschüsse die Produktdefinitionen, Kennzahlen und Ziele jetzt deckungsgleich aus allen Fachbereichen bekämen.

Ferner bittet Herr Niehues darum, die Ansatzzahlen für das Jahr 2006 zusätzlich als Basiszahlen aufzunehmen, damit die Veränderungen für das Jahr 2007 ff. besser erkennbar würden.

Herr Lütke-meier sagt dieses zu.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den im Politikplan für den Fachbereich 4 – Finanzen definierten Zielen und Kennzahlen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Zieldefinition und Kennzahlen für den Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 398/06**

I/A/2960

Herr Hermeling erläutert die Vorlage und verweist insbesondere auf die Ziele der Produktgruppe 72 „Ausbildungsquote“. Er bittet die Fraktionen um Rückmeldung, ob sie mit der angegebenen Quote einverstanden seien. Sollte diese allerdings erhöht werden, müssten auch zusätzliche Haushaltsmittel hierfür bereitgestellt werden.

Herr Dewenter antwortet, dass Ausbildung die Verpflichtung einer jeden Kommune sei. Bei den derzeitigen finanziellen Verhältnissen der Stadt Rheine habe sich die CDU jedoch gestern für die Festschreibung des Status Quo entschieden. Sollte sich die finanzielle Situation der Stadt Rheine in nächster Zeit verbessern, könne man über die Erhöhung der Ausbildungsquote nachdenken.

Auch die übrigen Fraktionen sprechen sich hierfür aus und meinen, dass auch die Altersstruktur in der Verwaltung hierbei Berücksichtigung finden müsse.

Aufgrund einer Anregung von Herrn Bögge erklärt Herr Niehues, dass die eigentliche Festlegung der Kennzahlen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erfolgen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt den in den Produktgruppen 71 – Service Organisation und 72 – Service Personal definierten Zielen und Kennzahlen zu.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

13. Gesamtstellenplan 2007 - Festlegung der Eckwerte Vorlage: 437/06

I/B/0375

Herr Hermeling erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass die Stelle für die Leitung des Fachbereiches 4 im Stellenplanentwurf nicht enthalten sei. Hierüber müsse im Rahmen der Stellenplanberatungen diskutiert werden.

Herr Niehues stellt fest, dass in dem vorliegenden Entwurf auch noch nicht die Auswirkungen enthalten seien, die sich aus der politischen Vorgabe, nämlich 500.000,00 € an Personalkosten einzusparen, ergeben würden. Die Eckdatenbeschlüsse seien auch unter dem Vorbehalt der Diskussion um die hauptamtlichen Stellen in der Musikschule zu fassen. Vereinbarungsgemäß solle diese Angelegenheit der Politik Mitte November 2006 nochmals vorgelegt werden. Darüber hinaus bittet er die Verwaltung, den Fraktionen eine aktualisierte Übersicht über die derzeit unbesetzten Stellen in der Verwaltung vorzulegen.

Herr Ortel erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag, obwohl die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hierin nur eine Grundlage, nicht aber das Ziel sehe.

Für Herrn Wilp stellt sich die Frage nach dem Sinn des Beschlussvorschlages. Er sehe hierin keine festgeschriebene Grundlage für das Haushaltsjahr 2007, sondern nur eine Bestimmung der derzeitigen Ausgangsposition, sodass das Ergebnis im Rahmen der Haushaltsplanberatungen noch offen sei.

Herr Hermeling stellt klar, dass es sich bei dem Beschlussvorschlag schon um ein Signal für die Stellenplanberatungen in den Fachausschüssen handeln müsse. Wenn in den Fachausschüssen weitere Stellen beschlossen werden sollten, dann müssten auch die erforderlichen Personalkosten dafür bereitgestellt werden.

Herr Roscher sieht in dem Beschlussvorschlag eine Maximalvorgabe für die Ausschüsse. Die Stellenpläne müssten mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung beraten werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2007 sowie die Fachbereichsstellenpläne gemäß den der Vorlage beigefügten Anlagen 1 – 3. Sie dienen als Grundlage für die weiteren Beratungen im Zuge des Aufstellungsverfahrens für den Haushaltsplan 2007.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Festlegung der Eckdaten für die Ergebnis- und Investitionsplanung 2007 - 2010
Vorlage: 474/06

I/B/1280

Herr Lütke-meier verweist auf die Vorlage und merkt an, dass die Kostenbeteiligung für die Leistungen nach dem SGB II ursprünglich auf 582.000,00 €/Jahr kalkuliert gewesen seien. Wie unter TOP 3 berichtet, seien hier eventuelle Änderungen möglich, zumal beabsichtigt sei, gemeinsam mit dem Kreis und der GAB die Leistungen so niedrig wie möglich zu halten.

Herr Niehues weist darauf hin, dass die politischen Vorgaben, nämlich 500.000,00 € bei den Personalkosten und weitere 500.000,00 € bei den Zuwendungen für freie Träger im Haushaltsjahr 2007 einzusparen, in der Vorlage nicht berücksichtigt worden seien. Die CDU-Fraktion erwarte daher, dass die Verwaltung dem HFA bis zu den Haushaltsplanberatungen noch Vorschläge hierzu unterbreiten werde.

Darüber hinaus sei die CDU-Fraktion im Prinzip mit den Eckdaten bei den Realsteuern einverstanden, die auch für 2007 übernommen werden sollten. Damit hätten die Bürger in diesem Jahr schon mit der Erhöhung der Grundsteuer B ihren Anteil zur Haushaltskonsolidierung geleistet. Insofern sei es jetzt Aufgabe der Stadt, die Ausgabenseite um die vgl. 1 Mio. € zu kürzen, was nicht ausschließe, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen weitere Budgetkürzungen vorgenommen würden.

Herr Roscher gibt zu bedenken, dass die Einsparungen bei den freien Trägern nicht dazu führen dürften, dass diese handlungsunfähig würden.

Herr Ortel bezieht sich auf die Forderung von Herrn Niehues an die Verwaltung, der Politik Einsparvorschläge zu unterbreiten. Er vertritt die Auffassung, dass auch die Politik sich in der Pflicht sehen müsse, Einsparpotenziale auszuschöpfen. Er sage diese vor dem Hintergrund des bestehenden Grundsatzes für den externen Einstellungsstopp und einiger zu besetzender Leitungsstellen in der Verwaltung.

Herr Lütke-meier bezieht sich ebenfalls auf die Äußerung von Herrn Niehues und stellt klar, dass die Vorlage eine Momentaufnahme dessen sei, was die Verwaltung im Augenblick einschätzen könne. Der Verwaltung sei schon bewusst, dass man sich in einigen Punkten noch in der Entwicklungsphase befinde, sodass je nach Stand im Haushaltsaufstellungs- und -beratungsverfahren das Zahlenwerk aktualisiert werden müsse. Ob die von Herrn Niehues angesprochenen Einsparungspotenziale bei den Personalkosten und den Zuwendungen an Dritte bis zur Haushaltsplaneinbringung realisiert seien, könne er, Lütke-meier, im Augenblick noch nicht absehen. Bei dem in der Vorlage enthaltenen Zahlenwerk handele es sich um maximale Obergrenzen für die Fachausschussberatungen.

Frau Ehrenberg ergänzt, dass die Verwaltung zu den Fachausschussberatungen Vorschläge zur Einsparung von 500.000,00 € im Bereich der Zuwendungen an freie Träger unterbreiten werde. Diese Vorschläge würden allerdings erhebliche

Auswirkungen auf die Leistungen haben, sodass gleichzeitig auch die Konsequenzen aufgezeigt würden. Sicherlich müssten in diesem Zusammenhang auch Kündigungen ausgesprochen werden, die aber erst nach Ablauf der Kündigungsfrist von einem Jahr umgesetzt werden könnten.

Frau Dr. Kordfelder macht darauf aufmerksam, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, die Verwaltung sei bislang bei der Umsetzung der Einsparvorgaben nicht aktiv gewesen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Vorlage über die Gewährung von Altersteilzeit im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss legt für die Aufstellung der Ergebnis- und Investitionsplanung 2007 – 2010 Folgendes fest:

1. Für die Realsteuern gelten folgende Hebesätze:

Grundsteuer A	=	192 v. H.
Grundsteuer B	=	401 v. H.
Gewerbesteuer	=	403 v. H.
2. Die Positionen des Ergebnisplanes des Bereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen werden entsprechend der der Vorlage beigefügten Anlage 1 zur Kenntnis genommen.
3. Der laufende Personalaufwand (mit Ausnahme der Pensions- und Beihilferückstellungen) wird (zunächst) auf dem Niveau des Jahres 2006 festgeschrieben (33,8 Mio. €). Der externe Einstellungsstopp bleibt bestehen; Ausnahmen unterliegen der Beschlussfassung durch den Haupt- und Finanzausschuss. Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die beschlossene Reduzierung des Personalaufwandes in Höhe von 500.000,00 € dem Haupt- und Finanzausschuss zur nächsten Sitzung ein umfassendes Konzept zur Stellen- und Personalkostenreduzierung vorzulegen; betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Der künftige laufende Personalaufwand ist diesem Konzept entsprechend ggf. im Beratungsverfahren anzupassen.
4. Die nicht gesetzlich gebundenen Zuwendungen und Zuschüsse an freie Träger, Vereine, Verbände und sonstige Dritte werden unter Einbeziehung der Empfehlungen aus der Strategie- und Finanzkommission um insgesamt 500.000,00 € gekürzt. Konkrete Festlegungen sind unter Berücksichtigung der weitergehenden Vorberatung in der Strategie- und Finanzkommission im Rahmen des Beratungsverfahrens in den Ergebnisplan einzuarbeiten.
5. Im Ergebnisplan werden die Budgets der Fach- und Sonderbereiche unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Empfehlungen der Strategie- und Finanzkommission entsprechend der in der Anlage 1 dargestellten Budgetübersicht als Obergrenze für die Budgetplanung festgelegt (vorbehaltlich der Änderungen durch Vermögenszu- und -abgänge bei Bilanzzielen Abschreibungen und Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten) . Weitere Empfehlungen der Strategie- und Finanzkommission sind im Rahmen des Beratungsverfahrens zum Haushalt 2007 zu berücksichtigen. Außerdem gelten folgende Bedingungen:

- Erhöhungen der Geschäftsaufwendungen sind grundsätzlich ausgeschlossen.
- Unterhaltungsaufwendungen und Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sind auf die bisherigen Planansätze zu begrenzen. Energiepreissteigerungen sind im Rahmen von Bewirtschaftungsregeln und -maßnahmen aufzufangen.
- Ausfallende Zuwendungen der EU, des Bundes und des Landes werden nicht ersetzt.

6. Der Investitionsplan ist in allen Planungsjahren so auszugestalten, dass es zu keiner Netto-Neuverschuldung kommt. In diesem Rahmen sind die Maßnahmen und Projekte insbesondere unter den künftigen Zielsetzungen des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (IHK) zu planen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Neuanlage des Kinderspielplatzes "Wohnpark Dutum"
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 448/06**

I/B/2265

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für das Projekt 2105-07 „Ausbau Kinderspielplatz Wohnpark Dutum“ in Höhe von 80.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**16. Ausschreibung und Vergabe zur Erschließung des Bebauungs-
plangebietes Rheine Rodde, Im Lied, im Teil A
Aufhebung eines Sperrvermerkes für eine Verpflichtungs-
ermächtigung
Vorlage: 431/06**

I/B/2295

Beschluss:

Im Projekt Nr. 6202-020 stehen für die Kanalisierung des Baugebietes Rheine, Im Lied, 500.000,00 € als VE zur Verfügung.

Für den 1. Bauabschnitt werden 350.000,00 € benötigt. Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Sperrvermerk für die Verpflichtungsermächtigung des Projektes 6202-020 in der benötigten Größe von 350.000,00 € auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

I/B/2325

Frau Dr. Kordfelder trägt den Inhalt des als Anlage 4 dieser Niederschrift beige-fügten Vermerkes vor.

Die Ausschussmitglieder widersprechen den Verfahrensvorschlägen der Verwaltung nicht.

18. Einwohnerfragestunde

I/B/2555

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

19. Anfragen und Anregungen

I/B/2565

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:25 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer